

### Dringliche Anfrage

Hannover, den 22.10.2018

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

#### Fragen zu Steuerbetrug durch sogenannte Cum-Ex- und Cum-Cum-Geschäfte

Bereits im vergangenen Jahr berichteten die *ZEIT*, *ZEIT ONLINE* und das ARD-Magazin „Panorama“ über Cum-Ex- und Cum-Cum-Geschäfte. Sie beschrieben, wie Banker, Berater und Anwälte über Jahrzehnte den deutschen Staat schädigten, wie der es sich gefallen ließ und erst eine Sachbearbeiterin aus dem Bundeszentralamt für Steuern sich schließlich weigerte, das Geld auszus zahlen.

Nach den Berichten meldeten sich Journalisten aus Dänemark. Sie sagten, dass ihrem Land etwas ganz Ähnliches widerfahren sei. Es war der Auftakt einer internationalen Kooperation. Sie zeigt nun, dass sich Finanzjongleure nicht nur am deutschen Staat bedienen, sondern die öffentlichen Haushalte in halb Europa betroffen sind.

Verschiedene Medien aus zwölf Ländern in Europa haben sich zusammengetan, um gemeinsam das ganze Ausmaß dieses Schadens für die öffentliche Hand zu recherchieren. Gemeinsam haben sie mehr als 180 000 Seiten vertrauliche Akten, interne Gutachten von Banken und Kanzleien sowie E-Mails ausgewertet. Zudem wurden Interviews mit Insidern und verdeckte Recherchen in der Finanzindustrie durchgeführt. Die Ergebnisse wurden ab dem 18. Oktober unter dem Titel „Cum-Ex-Files“ veröffentlicht. In mindestens zehn weiteren europäischen Staaten haben sich die Finanztrickser bedient. In einigen ist das der Öffentlichkeit noch nicht bekannt. Der Schaden durch Cum-Ex- und Cum-Cum-Geschäfte beträgt mindestens 55,2 Milliarden Euro. „Es handelt sich um den größten Steuerraub in der Geschichte Europas“, sagt der Steuerprofessor Christoph Spengel von der Universität Mannheim (*ZEIT ONLINE*, 21. Oktober 2018).

Bereits im Jahr 2010 hatte die Dekabank - ein Institut der Sparkassen - wegen Cum-Ex und Steuern aus Aktiendeals eine Klage vor dem Hessischen Finanzgericht in Kassel verloren und auf eine Revision verzichtet (*Handelsblatt*, 11. April 2016).

Die Staatsanwaltschaft Köln hat unterdessen ihre Ermittlungen gegen Verantwortliche der Warburg-Bank in Hamburg ausgeweitet. Inzwischen verdächtigt sie auch den aktuellen Bankchef, im Rahmen von Cum-Ex-Geschäften Steuern hinterzogen zu haben. Auch der Schaden ist offenbar größer als bisher bekannt: insgesamt 330 Millionen Euro (*ZEIT ONLINE*, 18. Oktober 2018).

Am 1. Februar 2018 berichtete die NORD/LB in einer Pressemitteilung: „Die M.M.Warburg & CO (AG & Co.) KGaA und die NORD/LB Norddeutsche Landesbank Girozentrale bündeln ihre Asset-Management-Aktivitäten in einer Gesellschaft. Das neue, mittelständisch geprägte Unternehmen mit Standorten in Hamburg und Hannover sowie einem betreuten Vermögen (Assets under Management and Administration) von zusammen mehr als 34 Milliarden Euro wird einer der bedeutenden Asset-Manager Norddeutschlands. Die unternehmerische Führung des neuen Hauses übernimmt die Warburg Bank mit 75,1 % der Anteile.“

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. In welchem Umfang haben Finanzämter in Niedersachsen Steuererstattungen auf Cum-Ex- oder Cum-Cum-Deals vorgenommen?
2. Gegen welche Banken, Sparkassen oder Tochtergesellschaften von Banken und Sparkassen mit Sitz, Standort oder Niederlassung in Niedersachsen sind oder waren Ermittlungen oder Prozesse wegen Cum-Ex- oder Cum-Cum-Aktiendeals anhängig?

3. Welche Erkenntnisse haben die Börsenaufsicht in Hannover und an anderen deutschen Handelsplätzen, die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und die Landesregierung über den Umfang des Steuerbetrugs mit Cum-Ex- oder Cum-Cum-Aktiendeals in Europa?

Anja Piel

Fraktionsvorsitzende

(Verteilt am 22.10.2018)